Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 72 (1992)
Heft: 12

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Gewerkschaften auf wirtschaftspolitischen Abwegen

Der gewerkschaftliche Forderungskatalog hat sich während der Nachkriegszeit kaum verändert; ja er ist, wenn eine noch längere Periode ins Visier genommen wird, von einer «bemerkenswerten Konstanz». Vom Willen, sich an veränderte wirtschaftliche Verhältnisse und neuere Erkenntnisse anzupassen, ist bei den Arbeitnehmerorganisationen wenig zu spüren: es geht stets und immer um Verteilungskämpfe, um die Zementierung der Realeinkommen (Teuerungsausgleich), um Arbeitszeitverkürzung, um Sicherheit an den Arbeitsplätzen, um die «Garantie» individueller Arbeitsplätze, um Sozialleistungen der verschiedensten Art, um ein Arbeitsrecht, das längst nicht mehr in allen Teilen dem Vorteil jener dient, die eigentlich geschützt werden sollten. Gewiss – wer wollte dies in Abrede stellen? – haben sich die Gewerkschaften bei der Überwindung von offensichtlichen Missständen, die sich vor allem im letzten und in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts in das Arbeitgeber–Arbeitnehmer-Verhältnis einnisteten, grosse *Verdienste* erworben. Und es ist auch in keiner Weise in Abrede zu stellen, dass den Gewerkschaften bis zum heutigen Tage in den Auseinandersetzungen um *ausgewogene Sozialpartnerverhältnisse* eine bedeutsame Rolle zufällt. Sie haben, mit andern Worten, manche ihrer Ziele erreicht und, zumindest in der Schweiz – alles in allem genommen – zur Entstehung eines weitgehend *stabilen Sozialklimas* beigetragen.

Trotzdem muss die Frage erlaubt sein, ob die Gewerkschaften nicht, eben weil sie auf eine erfolgreiche Zeit der Zielverwirklichung zurückblicken können, von einem *Mangel an Anpassungsfähigkeit* befallen worden sind. Es ist eine geschichtliche Erfahrungstatsache, dass nicht wenigen grossen Bewegungen, die sich einst in einer Aufwallung von revolutionärem Impetus und ausdauernder Standfestigkeit mit ihren Anliegen durchgesetzt haben, «plötzlich» zu *stagnieren* beginnen und in eine Politik der Besitzstandwahrung, der Verteidigung verfallen, die nicht mehr in allen Teilen jenen dient, deren Interessen zu wahren sie vorgeben. Sie manöverieren sich mehr und mehr ins *Abseits*. In der gewerkschaftlichen Haltung treten solche Widersprüche dann besonders deutlich zutage, wenn die Wirtschaft, wie das gegenwärtig der Fall ist, von rezessiven Schüttelfrösten geplagt wird, wenn die Verteilungskämpfe härter werden, wenn Arbeitsplätze gefährdet sind, wenn Unsicherheit um sich greift und wenn es mit Blick auf gesellschaftliche und wirtschaftliche *Schadensbegrenzung* darum geht, einen Weg durch das konjunkturelle und streckenweise auch strukturbedingte Wellental zu wählen, der nicht von sturem Festhalten am Besitzstand und einem überholten Forderungskatalog geprägt ist, sondern eben *Beweglichkeit* verlangen würde.

Beispiel? Es ist eine Binsenwahrheit, dass Einkommen nicht nur Kaufkraft in den Händen der Konsumenten repräsentieren, sondern sich in den Rechnungen der Unternehmen leider auch in Form von *Kosten* niederschlagen. Löhne sind in diesem Sinne doppelgesichtig.

Und es ist weiter ein nicht wegzudisputierender Tatbestand, dass heute die vorwiegend sozial bedingten *Lohnnebenkosten* einen ganz erheblichen Prozentsatz der in einem Unternehmen ausgeschütteten Lohnsumme ausmachen, dass also Lohnerhöhungen, in welcher Form sie auch immer gewährt werden, kostenmässig erheblich *stärker zu Buche* schlagen. Deshalb ist es *ökonomische Blindheit,* wenn die Gewerkschaften – oder zumindest einige ihrer Vertreter – mit dem «Argument» fechten, die Löhne dürften in der Rezession nicht sinken, sondern müssten vielmehr noch erhöht werden, um der Wirtschaft Kaufkraft zuzuführen, mit der dann die Rezession überwunden werden könne. Würde dieses Argument stimmen, so gäbe es längst keine Konjunktureinbrüche mehr.

Die ökonomische Wirkungskette von Lohnerhöhungen nimmt leider einen *andern Verlauf.* Unternehmen, die in die konjunkturelle Mangel geraten oder sich mit vehementen Anpassungszwängen konfrontiert sehen, bei denen also auf der einen Seite die Erträge unter Druck geraten, auf der andern Seite aber die Kostenblöcke unbeweglich wie Felsen in der Brandung stehen, sehen in der Regel keinen andern Ausweg, als alle nur möglichen *Rationalisierungsmassnahmen* auszuschöpfen und die unternehmerischen Aktivitäten einer Schlankheitskur zu unterwerfen. Solche Strategien werden zum Imperativ des Überlebens. Natürlich gibt es Fälle, bei denen solche «Übungen» deshalb ohne allzu gravierende soziale Konsequenzen abgewickelt werden können, wenn sie vorher in den guten Jahren Fett angesetzt haben. Dies dürfte indessen nicht der Normalfall sein. Zudem: Je länger eine Rezession dauert, desto geringer wird das Fettpolster und desto grösser wird der Rationalisierungsdruck, so wie er heute auch in der Schweiz sichtbar ist. Rationalisierungsanstrengungen aber haben immer auch einen *negativen Arbeitsplatzeffekt.* Wer diesen Vorgang in seiner vollen Dramatik studieren will, der richte momentan seine Aufmerksamkeit auf die Vorgänge in den neuen Bundesländern: Unternehmen mit einer – aus welchen Gründen auch immer – geringen Effizienz, die unter einen starken lohnbedingten Kostendruck kommen, beginnen an schwerem Asthma mit nicht selten tödlichem Ausgang zu leiden. Entweder bleiben sie an der staatlichen Infusion hängen, was bedeutet, dass Teile ihrer überhöhten Kosten «sozialisiert» werden, oder sie verschwinden von der Bildfläche, was zu einer *endgültigen Vernichtung von Arbeitsplätzen* auch in jenen Unternehmen führt, die bei einem etwas vernünftigeren gewerkschaftlichen Verhalten durchaus eine Überlebenschance gehabt hätten. Auf diesem Hintergrund sind die teils beschwörenden Appelle von Ökonomen, Konjunkturforschungsinstituten und Regierungsmitgliedern auf *Lohnmässigung* zu sehen. Die Gewerkschaften aber, die sich unnachgiebig und ohne Rücksicht auf die unterschiedlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten in beiden Teilen der BRD für eine möglichst rasche Ausnivellierung der Einkommensdifferenzen einsetzen, erweisen den neuen Bundesländern und ihren Arbeitnehmern einen schlechten Dienst. Die Erkenntnis, dass eine Politik der individuellen Einkommensmaximierung mit den Notwendigkeiten einer Vollbeschäftigungspolitik kollidieren kann, wird nicht zur Kenntnis genommen – und dies mit fatalen Folgen.

Natürlich verläuft dieser Prozess in den wesentlichen Industriestaaten, ob-

wohl grundsätzlich ebenfalls registrierbar, nicht mit der gleichen Dramatik. Etwas mehr Flexibilität in der Lohnpolitik wäre, weil arbeitsplatzerhaltend, durchaus im *Interesse der Arbeitnehmer.* Und dies um so mehr, als sich der Teuerungsausgleich von einem bestimmten Einkommensniveau an in eine versteckte reale Einkommenserhöhung verwandelt. Wenn sich die Gewerkschaften dieser Einsicht entziehen, erschweren sie auch die gesamtwirtschaftlichen Bedingungen für die Wiedereingliederung von Arbeitslosen – eine Konsequenz, die sie eigentlich in ihr politisches Kalkül einbauen sollten.

Willy Linder

Die Rezession als politische Herausforderung

Die Rezession hat viele Gesichter. Ökonomen können die wirtschaftlichen Entwicklungen in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten und globalen Zusammenhängen erklären. Dem Laien fällt allenfalls auf, dass die kühle Nüchternheit der Analysen im nachhinein oft erheblich *von den Prognosen abweicht*, die sich Wissenschaftler Jahr für Jahr glauben leisten zu müssen. Dass sie nicht gerne Trendbrüche prognostizieren, ist verständlich. Da das ökonomische Verhalten der Menschen stark von gefühlsmässigen Erwartungen beeinflusst wird, soll der Pessimismus nicht auch noch herbeigeredet werden; es ist immer noch besser, dass sich ein zur Schau getragener Optimismus nicht bestätigt, als wenn Skepsis die Stimmung noch mehr drückt. Im Grunde kann der psychologische Faktor gar nicht richtig berücksichtigt werden, weil die damit ausgelösten Reaktionen die Interpretation sogleich überholen.

Unternehmungen der *privaten Wirtschaft* können die Pendelschläge der Konjunktur in begrenztem Mass auffangen, sich antizyklisch verhalten, sofern sie über die nötigen Reserven verfügen und die Gunst der Konjunktur nicht allzusehr ausgenutzt haben. Sie können darüber hinaus die Gelegenheit zu *Rationalisierungen und Effizienzsteigerungen* ausnutzen und ihre Ausgangslage für einen Wiederaufschwung verbessern. Der Vorwurf der «sozialen Verwilderung» ist zwar rasch zur Hand, doch werden sich in kritischen Situationen auch Arbeitnehmer eher bewusst, dass sie dieser Wirtschaft verbunden und ihre Arbeitsplätze von intakten Rahmenbedingungen abhängig sind. Schmerzliche Anpassungen werden als unvermeidlich weithin akzeptiert.

Anders beim *Staat.* Er soll zwar – soviel ist unbestritten – sein *soziales Auffangnetz* aufspannen, in Form der als solidarisches Kollektivwerk ausgestalteten und infolgedessen mit rasch steigenden Prämien finanzierten Arbeitslosenversicherung sowie mit ergänzenden Hilfeleistungen, für die in schwierigen Zeiten zwangsläufig mehr Steuergelder beansprucht werden. Gerade deshalb muss indessen die Frage präziser und härter gestellt werden, wie komfortabel dieses Netz geknüpft sein darf, um nicht falsche Anreize zu schaffen. Der Staat

kann ferner, obwohl Politiker und Souverän sich in guten Zeiten kaum je zu antizyklischem Verhalten bereitfinden, als *Auftraggeber* etwas Gegensteuer geben, indem er längerfristig notwendige Investitionen tätigt und eine vorübergehend höhere Verschuldung in Kauf nimmt. Aber darf er sich *als Dienstleistungsunternehmen und als Arbeitgeber* der Anpassung an die Gegebenheiten des wirtschaftlichen Umfelds verschliessen? Dürfen Besoldungsordnungen, die während der Hochkonjunktur mit Marktargumenten verbessert wurden, und automatische Teuerungsausgleichmechanismen nun plötzlich zu unantastbaren Beamtenprivilegien werden? Und sollen Einrichtungen und Leistungen, die man dem Gemeinwesen einmal grosszügig zugestanden oder aufgebürdet hat, ungefragt weitergeführt und gewährt werden, auch wenn deswegen Steuern erhöht werden müssten?

Die politische Meinungsbildung tut sich schwer mit diesen Fragen. Sie wird geradezu gelähmt durch den jederzeit drohenden *Vorwurf der sozialen Demontage,* mit dem sich im öffentlichen Bereich nahezu jeder Besitzstand schützt. So bleiben am Schluss lineare Kürzungen fast die einzige Methode, die politisch mehrheitlich akzeptabel erscheint. Dass damit die eigentliche soziale Herausforderung einer Krise, nämlich sich vermehrenden oder verschärfenden echten Notlagen zu begegnen, auf der Strecke bleibt, wird von den Verteidigern erreichter «sozialer» Standards nicht wahrgenommen. Wohlweislich hütet sich der stimmkräftige Chor der Sparpolitiker denn auch, die Opfer konkret zu benennen. Da gleichzeitig jeder zusätzlichen Einnahme opponiert wird – auch jener, die sachlich, politisch und sozial gerechtfertigt werden könnten, wie der Teuerungsanpassung bei den Benzinzöllen – resultiert eine Finanzpolitik, die *keine Prioritäten* zu setzen vermag und gewiss nicht die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung stärkt.

Psychologisch droht die Ziellosigkeit solcher Sparpolitik die ohnehin bestehenden politischen *Glaubwürdigkeitsdefizite* zu verschärfen. Der Eindruck gruppenegoistischer Besitzstandskämpfe aller gegen alle gibt den *«terribles simplificateurs»* an den Rändern des politischen Spektrums reichlich Gelegenheit, sich mit populistischen Rezepten für Radikalkuren der unseriösen Art beim Zahlbürger zu empfehlen. Eine tiefergreifende Sanierung der öffentlichen Finanzen verlangte von den politischen Sozialpartnern ein *Zusammenwirken,* das über eine oberflächliche Opfersymmetrie hinausginge und ernsthafter zwischen den unabdingbaren – ordnungspolitischen *und* sozialen – Funktionen des Gemeinwesens und den Komfortansprüchen an einen perfektionierten öffentlichen Dienstleistungsapparat unterschiede. Nur mit einer sichtbaren Demonstration des so verstandenen Konkordanzdenkens lässt sich vermeiden, dass aus der Rezession eine politisch-psychologische Depression wird, die vorhandene Regenerierungskräfte lähmt.

Ulrich Pfister

«Multikulturell»

Die Erstklässlerin kommt aus der Schule und berichtet stolz, dass sie in türkischer Sprache auf zehn zählen könne; zwei türkische Knaben aus ihrer Klasse haben es ihr beigebracht. Ihre kleine Welt ist um die Erfahrung bereichert, dass es andere Menschen gibt als die Einheimischen, Menschen mit anderer Sprache und anderen Lebensgewohnheiten. Dass es Türken sind, mag zufällig sein. In der Schweiz konnte man diese Erfahrung ja auch in früheren Generationen machen, mit Italienern, mit Polen, mit Franzosen zum Beispiel. Aber damals kam es den Erklärern des Zeitgeistes noch nicht in den Sinn, unsere Gesellschaft deswegen «multikulturell» zu nennen. Vielleicht bemühte man sich wirklich noch, die Wörter nach ihrer Bedeutung zu brauchen. In einer Anthologie aus Prosatexten von Johannes Urzidil bis Ismail Kadare und von Ödön von Horváth bis Hertha Müller finde ich unter der Rubrik über das Zusammenleben der Völker im Inhaltsverzeichnis auch Joseph Roth mit seiner Erzählung von der Heimkehr des Notars Imre Ziska. Aber auf der Seite 236, wo die Geschichte laut Inhaltsverzeichnis beginnen sollte, gähnt weisse Leere, unter der eine kleingedruckte und über die nachfolgenden leeren Seiten fortlaufende Fussnote mir mitteilt, dass der bundesdeutsche Verlag, Inhaber der Rechte Roths, der österreichischen Anthologie die Abdrucksrechte für die paar Seiten verweigert hat[1]. Joseph Roth erzählt von der «Heimkehr» Ziskas, der – als Ungar in der Slowakei geboren und in Rumänien für die k. und k. Verwaltung tätig gewesen – nach dem Zusammenbruch der Donaumonarchie staatenlos geworden ist. Ins Niemandsland gefallen, überschreitet er die Grenze, an der man keinen Pass braucht, in den Tod. Der Verlegerstreit braucht uns hier nicht weiter zu beschäftigen, wenngleich er eigentlich auch zum Thema gehört. Aber die Prosatexte, die der Herausgeber *Karl-Markus Gauss* um die nun fehlende Erzählung, will sagen um das Vakat herum versammelt hat, samt und sonders Beiträge aus dem östlichen Rand Europas, erinnern an die österreichisch-ungarische Monarchie, jenes Gebilde, das man – wenn denn das neue Modewort nicht gemieden werden soll – mit besserem Recht multikulturell nennen könnte. Denn in der Donaumonarchie waren Nationen unterschiedlicher Sprache, Tradition und Kultur unter dem Dach der Krone vereinigt. Man wird sich diese Einheit zwar nicht allzu innig vorstellen dürfen. Die nationalen Individualitäten waren zumeist stärker als die zentripetale Bürokratie. Aber in der Person des Kaisers mit dem buschigen Backenbart hatten die Teilstaaten und Provinzen eine Integrationsfigur. Sarajevo, am äussersten Rand seines untergegangenen Reiches, war bis vor dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien eine multikulturelle Stadt, in der Serben, Kroaten und Muslims zusammenlebten. Sie wird es auf lange Zeit nicht mehr sein. Multikulturelle Gesellschaften, wenn es sie denn also gegeben hat, sind gegen den Zerfall nicht gefeit, und nicht nur die Niederlage in einem grossen Krieg, wie im Fall der Donaumonarchie, schafft die Voraussetzungen dafür. Die Gegenwart bietet Beispiele zu Hauf: Jugoslawien, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei, tendenziell selbst Belgien, wo Flamen und Wallonen auseinanderstreben. Man sieht, auch funktionser-

probten Symbiosen droht die Spaltung, wenn nicht stärkere Gemeinsamkeiten, die in grossen Zeiträumen allmählich gewachsen sind, die Trennung verhindern. Die Vereinigten Staaten von Amerika, ein Schmelztiegel der Völker und Kulturen, werden mit gutem Recht als ein Grossversuch in «Multikulturalismus» betrachtet. Spannungen und Rückschläge, Unruhen und Aggressionen begleiten seine Geschichte, die dennoch von der einigenden Kraft des liberalen und demokratischen Staatsgedankens zeugt.

Im Augenblick wirken, wenn wir auf das ehemalige Jugoslawien, auch auf die Teilstaaten am südöstlichen Rand der ehemaligen Sowjetunion blicken, entgegengesetzte Kräfte. Das «Wörterbuch des Unmenschen» bietet für das, was dort geschieht, den Begriff der «ethnischen Säuberung» an; in den rasierten Hohlköpfen der Asylantenjäger scheinen ähnliche Vorstellungen zu spuken, die man nach dem Untergang des Hitlerreichs für nicht mehr möglich halten mochte. Auch an unseren Hausmauern findet sich die Parole «Ausländer raus» nicht gar so selten. Das Zeitalter der Migration konfrontiert Gastarbeiter und Flüchtlinge in ungewohnter Zahl mit der einheimischen Bevölkerung. Gefordert ist ein menschenwürdiges Arrangement, und gefordert ist Toleranz gegenüber dem Fremden. Aber wenn da nun gute und edle Menschen meinen, wir hätten uns auf die «multikulturelle Gesellschaft» einzustellen, brauchen sie ein Schlagwort, das die Probleme vertuscht und überkleistert. Auch als Waffe gegen wiedererwachenden Nationalismus ist es stumpf. Das friedliche Nebeneinander und Miteinander verschiedener Kulturen, in der Donaumonarchie auf Zeit, in der Eidgenossenschaft auf Dauer verwirklicht, könnte allenfalls damit bezeichnet werden. Aber worin denn besteht die semantische Legitimation, die Situation in den Asylländern «mulitkulturell» zu nennen oder gar zu fordern, «Mulitkulturalismus» müsse das Ziel sein? Für diejenigen, die den Terminus in dieser Weise brauchen, gilt, was Mephisto im *«Faust»* zum Schüler sagt: *«Denn eben, wo Begriffe fehlen, / Da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein.»*

Anton Krättli

[1] Das Buch der Ränder. Herausgegeben von Karl-Markus Gauss. Wieser Verlag, Klagenfurt-Salzburg 1992.